

Redetext Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick  
Einbringung Entwurf Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2024  
Gemeinderatssitzung Dienstag, 19. Oktober 2023

**Es gilt das gesprochene Wort**  
**Sperrfrist bis 18.30 Uhr**

---

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Presse,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
[weitere]**

ich begrüße Sie zu meiner Haushaltseinbringung für das Jahr 2024. Die Aufstellung des Haushaltsentwurfes hat Herrn Bürgermeister Glaser, Herrn Golka und mich einige Woche in Atem gehalten. Ich will es gleich vorwegschicken, es ist in diesem Jahr keine einfache Aufgabe gewesen, unsere Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen.

**1. Einleitung**

„Man muss nicht die Schnelligkeit steigern oder die Langsamkeit pflegen, sondern den Rhythmus finden.“ Warum beginne ich mit einem Zitat von Ernst Reinhardt?

Die Zeit mit ihren unterschiedlichen Taktungen ist das, was unseren kommunalen Haushalt in den kommenden Jahren bestimmen wird.

## PRESSEMITTEILUNG

---

Wie gelingt es uns, die verschiedenen Takte - die notwendigen schnellen Sequenzen, die langsamen Partituren und die unverzichtbaren Pausen mit den finanziellen Möglichkeiten so in Einklang zu bringen, dass wir einen stimmigen Rhythmus für Bruchsal erhalten? Wie können wir unsere Pflichtaufgaben ausfüllen, das umsetzen, was notwendig und unverzichtbar ist und das auf den Weg bringen, was uns für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt wichtig ist – bei immer geringeren finanziellen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen?

Im vergangenen Jahr war beim Blick nach vorne vieles unklar – in Nebel gehüllt. Heute können wir punktuell hinter den Nebel schauen und stellen fest: Nach wie vor präsentiert sich unser Haushalt als eine sehr komplexe Symphonie mit unterschiedlichsten Rhythmen. Wir leben in schwierigen, krisenhaften Zeiten und das spiegelt sich auch in unseren Haushaltsplanungen wieder.

Die Konjunktur ist eingetrübt, die Einnahmeseite schwächelt aus verschiedenen Gründen, die Ausgabenseite, vor allem die Investitionen, sind nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau.

In diesem Jahr müssen wir uns deshalb fragen: Sind die Stadt und der Haushalt im gleichen Takt?

Wenn wir eine genehmigungsfähige Haushaltslage haben wollen, müssen wir die Einnahmen und die Ausgaben in einen Einklang bringen. Zugleich müssen wir uns zukunftsfähig aufstellen, unter anderem Digitale Prozesse und die Energiewende voranbringen und die stetig steigenden Pflichtaufgaben wie den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung und die Unterbringung von Geflüchteten hier vor Ort umsetzen. Und das nicht nur, weil es Pflichtaufgaben sind, sondern auch weil sie wichtig sind für die soziale Gestaltung unserer Stadt und den Zusammenhalt innerhalb unserer Stadtgesellschaft.

Bruchsal voranzubringen bedeutet, den Takt vorzugeben. Unsere Strategie gute Rahmenbedingungen für gute Arbeit und gutes Leben zu schaffen ist aufgegangen. Wir haben Bruchsal in den vergangenen Jahren zu einer prosperierenden Wirtschaftsregion mit hervorragenden Sozial- und Bildungsangeboten entwickelt. Wir

## PRESSEMITTEILUNG

---

haben viel erreicht – gemeinsam. Wir konnten uns immer auf einen gemeinsamen Weg verständigen.

So hat der Gemeinderat in den vergangenen Jahren viele zukunftsweisende Beschlüsse gefasst. Jetzt gilt es durch kluges und strategisches Handeln das Erreichte nicht zu verspielen und neue Akzente setzen – gerade auch bei dieser schwierigen Haushaltslage. Das ist mein wichtigstes Anliegen.

Deshalb werde ich bei der Vorstellung unserer Haushalts-Planungen den Blick darauf richten, wo die Taktung uns vorgegeben ist und wir den Rhythmus mitgehen müssen, wo wir den Rhythmus verlangsamen können und wo es wichtig ist, das geplante Projekt weiter vorangebracht werden. Denn Stillstand heißt Rückschritt.

Wir werden uns bei jedem begonnenen und bei jedem anstehenden Projekt fragen müssen, wo sind Optimierungsmöglichkeiten und wann ist der richtige Zeitpunkt (auch aus finanzieller Sicht). Denn eines ist klar: Wir müssen neue Wege gehen. Es gibt nicht die eine richtige Lösung und nicht den einen Rhythmus, der alles beschreibt. Eine differenzierte Betrachtung ist unabdingbar. Wir müssen heute unseren Takt, unseren Rhythmus und unsere Geschwindigkeit an die Gegebenheiten der Zeit anpassen, ohne die Zukunft aus dem Blick zu verlieren.

### 2. Eckdaten Haushaltsplan 2024

#### 2.1. Die gesamtwirtschaftliche Lage

Nach wie vor erleben wir eine schwächelnde wirtschaftliche Gesamtsituation und alle Indikatoren deuten darauf hin, dass sich diese schwache Dynamik fortsetzt.

Die Unternehmer/-innen blicken zumindest pessimistisch auf die kommenden Monate, das wurde unter anderem in dieser Woche beim Arbeitgebertag in Berlin kommuniziert. Der Arbeitsmarkt zeigt sich allerdings weiterhin sehr stabil. Die Zahl der Beschäftigten ist so hoch wie nie seit der Wiedervereinigung.

Nach den Maisteuerschätzung geht das Finanzministerium Baden-Württemberg für die Kommunen von höheren Steuereinnahmen aus. Hierbei finden schon die Steuerrechtsänderungen Berücksichtigung. Allerdings manifestiert sich eine nachlassende Dynamik des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer gegenüber der Gewerbesteuer. Auf der Ausgabenseite schlagen die mittelbaren und unmittelbaren Folgen aus dem Krieg in der Ukraine zu Buche. Weitere Belastungen der Kommunalhaushalte ergeben sich durch die allgemeine Preisentwicklung.

Um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, werden die Nettoneuverschuldung in den Kernhaushalten weiter zunehmen müssen. Das stellt bei anziehenden Zinsen eine zusätzliche Belastung der Kommunen dar. Zwei Trends auf Bundesebene werden von den Kommunen mit Besorgnis betrachtet: Der Referententwurf für das Wachstumschancengesetz und der Entwurf zur Reform der Grunderwerbssteuer.

#### 2.2. Die Bruchsaler Haushaltsplan 2024

Das Gesamtvolumen des Haushaltsplan 2024 umfasst knapp 167,8 Millionen Euro. Dem stehen Aufwendungen von gut 167 Millionen Euro gegenüber. Im Planentwurf für das Haushaltsjahr 2024 gehen wir von einer Senkung der Steuereinnahmen von 96,8 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 95,7 Millionen Euro aus. Konjunkturbedingt erwarten wir, dass die Gewerbesteuer sich auf 47 Millionen Euro (Planansatz Vorjahr 50 Millionen Euro) reduziert. Die Schlüsselzahlen für den Einkommensteueranteil der

## PRESSEMITTEILUNG

---

Gemeinden ist für 2024 noch nicht festgelegt. Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Landesanteils von 7,9 Milliarden Euro (Vorjahr 7,8 Milliarden Euro) würde sich für Bruchsal ein Ansatz von rund 30,7 Millionen Euro ergeben. Das bedeutet eine Erhöhung um 0,6 Millionen Euro im Vergleich zu 2023.

Der Personalaufwand steigt durch Tarifsteigerungen und zusätzliche Stellen um 8,6 Prozent auf 41,5 Millionen Euro (Vorjahr: 38,2 Millionen Euro). Dazu werde ich später mehr sagen.

Der Sach-/Dienstleistungsaufwand beläuft sich auf 31,4 Millionen Euro (Vorjahr 28,7 Millionen Euro). Die Transferaufwendungen steigen um 6,5 Millionen Euro auf 77,7 Millionen Euro. Wir haben einen globalen Minderaufwand von 1,5 Millionen Euro eingeplant.

Auf Basis dieser Daten veranschlagen wir ein ordentliches Ergebnis des Gesamtergebnishaushaltes auf einen Jahresüberschuss von rund 800.000 Euro. Gegenüber diesem Jahr (+3,7 Millionen Euro) ist dies eine deutliche Verschlechterung.

Die Entwicklung der Investitionen bewegt sich nach wie vor auf hohem Niveau. Sie sind mit 40,2 Millionen Euro veranschlagt (Vorjahr: 30,4 Millionen Euro). Innerhalb der Sachinvestitionen bilden die Bauinvestitionen mit 18,3 Millionen Euro den größten Block, gefolgt vom Erwerb von Grundstücken (9,3 Millionen Euro), dem Erwerb von Beteiligungen (6,5 Millionen Euro), dem Erwerb von beweglichem und immateriellem Sachvermögen (3,5 Mio. Euro) und den Investitionsförderungsmaßnahmen (2,5 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung der Einzahlungen ist zur Finanzierung des Investitionsvolumens im Haushaltsplan 2024 eine Kreditaufnahme von 10,9 Millionen Euro vorgesehen.

Zusätzlich ist die Aufnahme eines Darlehens von sieben Millionen Euro aus der Kreditermächtigung 2023 geplant. Der Schuldenstand im Kernhaushalt beläuft sich unter Berücksichtigung der Prognosewerte zum Jahresende 2024 auf voraussichtlich rund 41,5 Millionen Euro.

### 3. Personal

Ich beginne heute mit dem Personal, weil bei der Personalentwicklung die Taktung hoch und auch für den Haushalt extrem schwierig ist. Die Personalgewinnung und -bindung, Qualifizierungen sowie die Anpassung des Arbeitsumfeldes an die veränderten Rahmenbedingungen sind hier die größten Herausforderungen. Auch in diesem Haushaltsplan werden die Personalkosten etwa ein Viertel der Aufwandsseite ausmachen. Da es sich um laufende Kosten handelt, wird sich diese Situation auch in den kommenden Jahren – in Übrigen wie in allen anderen Kommunen auch – nicht verändern.

Insgesamt liegen die Personalkosten im Haushaltsplan 2024 bei 42 Millionen Euro. Damit liegen wir über dem Planansatz des vergangenen Jahres. Grund hierfür sind die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, die mit circa 1,3 Millionen Euro für 2024 zu Buche schlagen.

Diese Tarifierhöhungen werden auch weiterhin den städtischen Haushalt belasten – in Bruchsal rechnen wir bis 2027 mit weiteren Steigerungen der Personalkosten um 13 Millionen Euro. Das ist eine sehr große Steigerung. Selbst bei hohen und stabilen Einnahmen ist das ein Dilemma, das sich im Grunde nicht auflösen lässt.

Nicht das ich missverstanden werde. Die Tarifierhöhung war notwendig. Sie ist ein wichtiges Signal an die Beschäftigten und eine Wertschätzung der von ihnen geleisteten Arbeit. Zudem profitieren wir als Arbeitgeber von den Tarifierhöhungen. Und das nicht nur, weil unsere Mitarbeiter/-innen nun die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen. Diese Tarifierhöhungen tragen dazu bei, dass wir uns verdienstmäßig mit vielen Branchen vergleichen und uns somit als interessanter und attraktiver Arbeitgeber präsentieren können. Sie erhöhen die Möglichkeiten bei der Personalgewinnung und der Personalbindung erheblich. Denn wir befinden uns in Zeiten eines in allen Bereichen spürbaren Fachkräftemangels in unmittelbarer Konkurrenz zu vielen anderen potentiellen Arbeitgebern. Die Schwierigkeiten bei der Personalfindung für die unbesetzten Stellen sprechen da eine eigene Sprache.

Ein weiterer wesentlicher Grund für die stetigen Steigerungen bei den Personalkosten

## **PRESSEMITTEILUNG**

---

ist die immer rasanter ansteigende Zahl an Aufgaben, die auf die Kommunen übertragen werden.

Für das kommende Jahr sind daher insbesondere in den Bereichen Soziales, Ausländerbehörde und Bevölkerungsschutz neue Stellen notwendig, um den gestiegenen Anforderungen Herr werden zu können.

Der Wandel, der durch veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen entstanden ist, erfolgt in einem immer schnelleren Rhythmus. Diesem rasanten Tempo und der Gleichzeitigkeit der Entwicklungen müssen wir in den Kommunen gerecht werden. Nur mit ausreichendem und gut ausgebildeten Personal und mit Hilfe der Digitalisierung können wir diese Zukunftsaufgaben der Kommunen bewältigen. Aufgrund des demographischen Wandels und des deutlich spürbaren Personalmangels werden die Themen Führungskräfteentwicklung, Wissensmanagement und Mitarbeitendenbindung immer wichtiger. Die Akquirierung von Personal und speziell von Auszubildenden stellt einen genauso zentralen Baustein dar. Daher haben wir in diesem Jahr den Social Media- und Internet-Auftritt deutlich verbessert.

Und last but not least: Wir müssen den Beschäftigten einen weiteren Mehrwert bieten, um sie an uns zu binden. Dazu haben wir unter anderem das Bikeleasing eingeführt und zahlen einen Zuschuss zum Deutschlandticket.

Das alles kostet Geld und ist notwendig. Hier können wir nicht auf die Pause Taste drücken. Mit Blick auf die schwierige Haushaltslage haben wir trotzdem im Vorfeld der Haushaltseinbringung die 30 von den Fachämtern angemeldeten Stellen in den Blick genommen und einige Stellen reduziert beziehungsweise zurückgestellt, sodass wir bei den Haushaltsberatungen über circa 18 neue Stellen sprechen werden.

#### **4. Die großen Herausforderungen und Aufgaben**

Inhaltlich bleibe ich zunächst einmal bei den großen Aufgaben, die wir in den Kommunen bewältigen müssen. Sie belasten unseren Haushaltsplan mittel- und langfristig stark.

### 4.1. Kinderbetreuung

Eines der großen Themen der vergangenen Monate ist die Kinderbetreuung. Hier haben wir seit Jahren eine hohe Taktung, was den städtischen Zuschuss an die Träger zum laufenden Betrieb betrifft. Diese Betriebskosten bewegen sich auch in diesem Haushaltsplan auf hohem Niveau und liegen bei etwa 19,8 Millionen Euro. Hinzu kommen noch 500.000 Euro für kleinere, einmalige Anschaffungen für Kindergärten und die Kindertagespflege im Gesamtbereich Kinderbetreuung 2024.

Über die kommunalen Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung wurde in der regionalen und auch überregionalen Presse ausreichend berichtet. Ich denke es reicht, wenn ich die Problematik kurz skizziere: Es herrscht ein eklatanter Mangel an Erzieher/-innen und räumlichen Kapazitäten. Das gilt nicht nur in Bruchsal, sondern flächendeckend im ganzen Land.

Ein weiterer Grund für die fehlenden Kinderbetreuungsplätze ist ein gestiegener Bedarf. In Bruchsal macht sich zudem der Zuzug von jungen Familien bemerkbar. Wir haben hier vor Ort attraktive Arbeitgeber und innovative Unternehmen, weshalb sich mehr Menschen in Bruchsal niederlassen. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die wir sehr begrüßen. Sie geht allerdings mit einem stetigen Anwachsen unserer zentralen Warteliste für Kinderbetreuungsplätze einher.

Was jetzt noch durch die Geflüchteten aus der Ukraine verstärkt wird.

Da diese herausfordernde Aufgabe und auch die Kinder sehr schnell wachsen, ist hier eine hohe Taktzahl und ein schneller Rhythmus von uns gefordert. Wir sehen den steigenden Bedarf, die Nöte der Familien und haben deshalb die Taktzahl bei der Schaffung von mehr Raum erhöht - mit gutem Erfolg.

Dabei ist der Rhythmus, der Baumaßnahmen, ungleich. Beim Neubau Kindergartens Guter Hirte (7,9 Millionen) in Heildelshem hat sich der Takt sehr verlangsamt. Zum Glück konnten wir ihn jetzt in Betrieb nehmen. Dagegen waren die Taktzahlen bei den anderen beiden Kindergärten - Neubau des Kindergartens Himmelszelt in Untergrombach (6,8 Millionen Euro) und Erweiterung des Kindergartens St. Bartholomäus in Büchenau (circa 2,9 Millionen Euro) - in einem superschnellen

## PRESSEMITTEILUNG

---

Rhythmus. Sowohl der zweigruppige Erweiterungsbau am Kindergarten St. Bartholomäus als auch der 5-gruppige Kindergartenneubau in Untergrombach wurden gar in der Rekordzeit von 14 Monaten fertiggestellt. Die Geschwindigkeit bei der Beschlussfassung und der Umsetzung dieser beiden Kindergärten durch das Stadtbauamt war eine beeindruckende Leistung aller Akteur/-innen. Und es war ein finanzieller Kraftakt. Insgesamt wurden für den Bau beziehungsweise den Ausbau dieser drei Kindergärten über 17 Millionen Euro investiert.

Des Weiteren wird der Kindergarten Arche Noah nach Umzug der Kinder in den Neubau „Himmelszelt“ und nach einzelnen Verschönerungsarbeiten wieder in Betrieb gehen. Zusätzlich werden zum Ende des Jahres zwei neue Tiger-Gruppen in Büchenau ihre Türen für die ganz kleinen Bruchsaler/-innen öffnen.

Diese neu geschaffenen Plätze werden jedoch nicht reichen, um alle Kinder in Bruchsal zu versorgen. Deshalb müssen wir den „Takt und die Geschwindigkeit“ beibehalten und die weiteren Kita-Projekte stetig vorantreiben. So wird im Kompassquartier voraussichtlich Anfang 2024 der neue inklusive Kindergarten der Reha-Südwest und eine weiterer Tiger-Gruppe in Betrieb genommen. Die Spielgruppe des Tageselternvereins wird nach dem Umzug dort hin, mehr Kinder aufnehmen können. Für diese Projekte werden im Haushalt 2024 Investitionen in Höhe von rund 455.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Waldkindergarten hat einen passenden Platz für die neue Gruppe gefunden und für den Streuobstwiesenkindergarten läuft die Suche für ein Grundstück weiter. Zur Realisierung dieser beiden Projekte sind im Haushalt 2024 insgesamt 223.000 Euro eingeplant. Parallel hierzu laufen die Arbeiten zur Realisierung der Interimslösung für den Sanierungszeitraum des Kindergarten St. Elisabeth in Bruchsal auf dem Campusgelände. Durch die Umsetzung des Containerkindergartens aus Heidelberg können hier sogar zwei zusätzliche Gruppen (über 40 Plätze VÖ Ü3) untergebracht werden. Für die Sanierung des Kindergartens St. Elisabeth sind 2,2 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt. Insgesamt sind circa 2,5 Millionen Euro an Investitionen, Baumaßnahmen und Zuschüssen im Haushaltsplan 2024 hinterlegt.

Offen ist, ob tatsächlich alle zur Verfügung stehenden Kita-Plätze belegt werden können. Das Thema Fachkräftemangel stellt unsere Kindergartenträger vor eine

## PRESSEMITTEILUNG

---

weitere schwer lösbare Herausforderung. In Büchenau wird dies offensichtlich schon Realität. In den Anbau der Kita „St. Bartolomäus zieht nach der Eröffnung Mitte November eine Bestandskrippengruppe um. Für die zwei neuen Gruppen fehlt stand heute noch das Personal, welches jedoch weiterhin mit Hochdruck gesucht wird.

Deshalb müssen sich alle Kräfte darauf fokussieren, entsprechendes Personal zu finden und geeignete Kräfte zu qualifizieren. Das Format „Kita der Zukunft“ soll keine „Zukunftsmusik“ sein, sondern neue und zukunftsfähige Wege der Personalgewinnung, des Personalmanagements und der Personalsicherung öffnen. Städte/Gemeinden können zusammen mit Trägern, Leitungen passgenaue Lösungen Vorort zur Fachkräftegewinnung erarbeiten.

Wir müssen alternative Wege gehen. Am Dienstag fand ein erstes Treffen des Projekts „Eltern helfen Eltern“ von unserem Amt für Familie und Soziales und dem Bündnis für Familie mit 20 teilnehmenden Eltern statt.

Inhaltlich geht es um eine bessere Vernetzung von Eltern untereinander, aber auch von Institutionen, Organisationen, Vereinen. Durch die daraus entstehende Unterstützung können Familien sich gegenseitig entlasten. Doch das Gelingen solcher Projekte hängt auch von der Bereitschaft der Eltern ab, sich einzubringen.

Um nun schlussendlich nicht aus dem „Rhythmus“ zu kommen, denn im Grunde müssen wir die hohe Taktzahl beibehalten, stehen weitere Planungen hinsichtlich eines Kindergartenneubaus in der Kernstadt an. Hier werden wir allerdings den Takt verlangsamen. Erst wenn alle zur Verfügung stehenden Kindergartenplätze besetzt sind, weil genügend Personal da ist, sollten wir mit dem Bau neuer Räume beginnen. Da eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro im Haushalt 2024 für das Vergabeverfahren und die weitere notwendige Beauftragung eingestellt ist, können wir hier schnell reagieren. Einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans für das Campusgelände hat der Gemeinderat ja bereits in diesem Jahr noch vor der Sommerpause beschlossen. Insgesamt stehen 7,5 Millionen Euro Haushaltsmittel für den Neubau eines weiteren sechsgruppigen Kindergartens in der Kernstadt in den folgenden Haushaltsjahren zur Verfügung.

### 4.2. Schulkindbetreuung

Der Bedarf an Betreuungsangeboten setzt sich im Schulbereich fort. Auch hier ist die Taktung hoch – nimmt der Rhythmus rasant zu. Hierzu nur einige Zahlen: Derzeit besuchen 1.655 Schüler/-innen die Bruchsaler Grundschulen (inklusive VKL). Über 5.000 Schüler/-innen sind in Schulen in städtischer Trägerschaft. Durch eine landesweit höhere Geburtenquote, den Zuzug von Geflüchteten und neue Wohnbebauung in Bruchsal werden diese Schülerzahlen weiter steigen. Das spiegelt sich auch in steigenden Betreuungszahlen wieder: 481 Kinder sind in der kommunalen Kernzeitbetreuung. 43 Kinder nehmen an der kommunalen Hausaufgabenbetreuung an der Konrad-Adenauer-Schule teil. 480 Kinder besuchen eine Ganztageschule (Betreuung des Mittagsbandes durch kommunale Betreuungskräfte). Davon haben 98 Kinder zusätzlich eine ergänzende kommunale Betreuung zum Ganztagesbetrieb gebucht. Über 61 Prozent der Kinder besuchen mindestens ein Betreuungsangebot über die klassische Halbtageschule hinaus. Annähernd 300 Kinder haben an der kommunalen Ferienbetreuung teilgenommen.

Um diesen Bedarf gerecht zu werden, haben wir in unseren Haushaltsplanungen 2024 1,9 Millionen Euro inklusive Umlagen für die Schulkindbetreuung eingestellt, davon rund eine Million Personalkosten.

Können wir angesichts dieser Zahlen den Takt verlangsamen, zu einem allegretto übergehen? Ich sage ganz klar: Nein. Die schulische Ganztagesbetreuung ist unverzichtbar, wenn wir soziale Gerechtigkeit schaffen wollen. Es geht um Chancengleichheit. Ich sehe uns in den Kommunen in der Verantwortung, durch ein qualitativ hochwertiges Ganztagesangebot gleiche Bildungschancen für alle sicherzustellen, unabhängig von der sozialen Herkunft. Und es geht auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Aspekt, der durch den anhaltenden Fachkräftemangel weiter an Bedeutung gewinnt. Ein gutes städtisches Ganztages- und Betreuungsangebot ist für junge Familien heute ein entscheidender Standortfaktor, der bei der Wahl des Wohn- und Arbeitsortes, insbesondere auch bei hoch qualifiziertem Personal, zunehmend eine Rolle spielt. Die Tatsache, dass wir seit Jahren eine Stadt mit großem Zuwachs vor allem auch von jungen Familien sind, zeigt, dass wir hier eine hohe Qualität bieten. Auch deshalb ist es wichtig den vorgegebenen Rhythmus weiter mitzugehen und die schnelle Taktung beizubehalten.

## PRESSEMITTEILUNG

---

Eine unserer größten Herausforderungen in dem Bereich liegt allerdings noch vor uns. Ab dem Schuljahr 2026/2027 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung. Hier gilt es schon jetzt Vorbereitungen im personellen und räumlichen Bereich zu schaffen. Mit den im kommenden Haushaltsplan eingeplante Mitteln für die Schaffung von Ganztagesräumlichkeiten an der Joß-Fritz-Grundschule (2,3 Millionen Euro) wird nicht nur der zwischenzeitlich dreizügigen Grundschule „Luft verschafft“ - gleichzeitig wird ein adäquates Ganztagesangebot auch für die Ortsteile Obergrombach und Büchenau ermöglicht.

Die Weiterentwicklung der Konrad-Adenauer-Grundschule zu einer Ganztagesgrundschule steht im Raum. Indikator für den Bedarf an Ganztagesbetreuung am Schulstandort ist die sehr gut nachgefragte kommunale Hausaufgabenbetreuung, die im aktuellen Schuljahr von 43 Kindern besucht wird. Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung, aber auch die städtischen Ressourcen, soll das Betreuungsangebot bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

### 4.3. Geflüchtete

Jetzt komme ich auf einen Bereich, mit dem wir seit vielen Jahren umgehen müssen. Die Unterbringung der Geflüchteten ist die große Herausforderung für uns Kommunen – in vielfältiger Hinsicht. Hier ist der Rhythmus spannungsgeladen und der Takt in einem stetig ansteigenden allegro. Vor allem ist es außerhalb unseres Einflussbereichs Rhythmus und Takt zu bestimmen! Unser Ansatz in Bruchsal ist klar: Möglichst flächendeckende, dezentrale Unterbringung, um Integration zu erleichtern.

Das ist uns bisher relativ gut gelungen, weil wir entsprechend vorrauschauend agiert haben - mit Maßnahmen wie dem Erwerb des ehemaligen „Strohbaus“ in Heidelberg und dem frühzeitigen Aufbau von Containerdörfern im Fuchsloch und in den Stegwiesen.

Ende September waren 1.144 Geflüchtete in Bruchsal registriert. Davon waren 453 Personen in Anschlussunterbringung (circa 200 aus der Ukraine), 495 Personen aus der Ukraine in Privatunterkünften und 196 Personen in der Vorläufigen Unterbringung des Landkreises in Heidelberg untergebracht. Im vergangenen Quartal sind etwa 20

## PRESSEMITTEILUNG

---

Personen im Monat nach Bruchsal gekommen. Wir gehen davon aus, dass diese Zahl auch in den kommenden Monaten etwa so bleiben wird.

Im Haushaltsplan wird der stetige Zuzug von geflüchteten Menschen in den steigenden Kosten bei der Anschlussunterbringung und deren Betreuung abgebildet. Hier kalkulieren wir 2024 mit 2,8 Millionen Euro. Der Anteil der Unterbringungskosten wird über die Gebührenkalkulation an die Flüchtenden in Rechnung gestellt. Der Zuzug von Geflüchteten bedeutet zudem, dass mehr Kita- und Schulplätze und mehr städtischen Personal benötigt werden. Das spiegelt sich dann in den Bereichen Personal und Kinderbetreuung/Ganztagesbetreuung des städtischen Haushaltes wieder.

Wir wissen nicht, was angesichts der zunehmenden, weltweiten Kriegs- und Krisenlagen in den kommenden Monaten passieren wird. Viele Kommunen kommen mit ihrer Aufnahmekapazität schon jetzt an ihre Grenzen. Entsprechende Überlastungsanzeigen werden immer wieder formuliert. Der Städtetag fordert deshalb: Für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten brauchen wir Kommunen eine finanzielle Unterstützung von Bund und Land, die dynamisch an die steigenden Flüchtlingszahlen angepasst und verstetigt werden. Zudem können wir gar nicht so schnell so viel Wohnraum schaffen.

Um den Wohnungsmarkt in Bruchsal weiter zu beleben, werden wir im kommenden Jahr eine Kapitalerhöhung bei der Bruchsaler Wohnungsbaugesellschaft in Höhe von drei Millionen Euro vornehmen. Als Eigentümerin der Gesellschaft übernimmt die Stadt hier eine Mitverantwortung, dass die Bruchsaler Wohnungsbau, trotz der derzeit schlechten Rahmenbedingungen im Wohnungsbau, weiter sozialgebundenen und -geförderten Wohnraum zur Verfügung stellt und somit zu einer Entlastung des Wohnungsmarktes einen kleinen Teil beiträgt.

### 4.4. Energiewende

Beim gestrigen Kommunaltag der EnBW hat Ministerpräsident Kretschmann sinngemäß auf drei Aspekte der Energiewende hingewiesen. Erstens sei die Energiewende der Dreh- und Angelpunkt für die Lebensqualität und Versorgungssicherheit der Bürger/-innen. Zweitens sei sie zentral für die Entwicklung von Kommunen – ökologisch aber auch als ökonomisch zur Wohlstandsabsicherung und als Standortfaktor für die Wirtschaft. Und Drittens gehe es um die geopolitische Dimension. Und deshalb kommt nun das „Zeitalter der Investitionen“.

Der Rhythmus der Energiewende hier in Bruchsal ist schnell und beschwingt. Da geben wir den Takt vor – landesweit, mit unserer Wärmeleitplanung und dem ersten Fernwärmenetz.

Beim Kampf gegen den Klimawandel durch eine effektive Energiewende ist auf bundes- und landespolitischer Ebene viel in Bewegung. Wir sind in Bruchsal sehr gut aufgestellt mit unserem frühzeitig erstellten Wärmeleitplan! Allerdings braucht es für die hohen Investitionen Finanzspritzen. So kann ich mich den Forderungen des Städtetages anschließen, dass die Bunderegierung die Städte und die kommunalen Energieversorger mehr stärken muss. Ohne uns Kommunen, ohne die Umsetzung hier vor Ort, wird die Wärmewende nicht gelingen.

Dabei sind wir in Bruchsal sehr gut aufgestellt mit unserem frühzeitig erstellten Energieleitplan, wo wir die Potentiale für Wärme- und Stromgewinnung schon ermittelt und teilweise realisiert haben.

Bei der Energiewende gilt es, dass alle Beteiligten sich auf einen Rhythmus verständigen. Die Erwartungen der Gesellschaft, die einzelnen Bedarfe und die Haushaltlage hier sind nicht synchron. So müssen wir zusammen mit den Bürger/-innen einen gemeinsamen Takt finden.

Nichts desto trotz stehen manche Entscheidungen jetzt einfach an. Der Start für Windkraft in Bruchsal muss und wird jetzt kommen. Die Windenergie ist eine wesentliche Säule der Energiewende und erneuerbarer Stromversorgung für Bruchsal.

## PRESSEMITTEILUNG

---

Das braucht große Investitionen. Dem können aber auch Einnahmen gegenüberstehen, wenn wir unsere städtischen Flächen dafür nutzen. So können alle Bürger/-innen davon profitieren.

Pro Windrad auf städtischen Flächen können wir Pachteinahmen von etwa 100.000 Euro jährlich rechnen.

Hinzu kommen Einnahmen aus der sogenannten Kommunalabgabe in Höhe von 0,2 Cent pro Kilowattstunde, was pro Windernergieanlage noch einmal 30.000 Euro im Jahr sind und weitere aus der Gewerbesteuer. Und das planbar und verlässlich über 20 bis 25 Jahre. Die kommende Generation wird es uns danken. Dieses Geld kann sinnvoll, z. B. in Schwimmbäder, investiert werden

Ich bin stolz auf den Weg, den wir hier eingeschlagen haben. Angefangen mit unserem Energiedialog zu den Erneuerbaren Energien und dem ersten Energieforum im September 2022. Die Energiewende kann nur zusammen mit den Bürgern/-innen gelingen. Das hat auch das dritte Energieforum im September gezeigt. Dank des konstruktiven Dialogs konnten wir meines Erachtens einen sehr guten Kompromiss erarbeiten und als qualifizierte Stellungnahme an den Regionalverband (RV) senden. Zum Jahreswechsel wird der RV seine aktualisierte Suchraumkarte vorstellen und wir werden sehen, in wieweit unsere Position Berücksichtigung fand und wo wir stehen. Ich erwarte dann auch Reaktionen aus der Bürgerschaft hierzu, die ein aufmerksames Zuhören und Antworten auf Augenhöhe erfordern. Dementsprechend werden wir den Dialog und Prozess zur Flächenkulisse auch 2024 in engem Austausch mit dem Regionalverband voranbringen.

Die Windenergie ist jedoch nur ein Instrument im Konzert der Erneuerbaren Energien. Die Photovoltaik ergänzt diese jahreszeitlich besonders harmonisch. Selbstverständlich sollte möglichst jedes geeignete Dach mit Solarpanelen belegt werden. Wie unsere Untersuchungen zeigen, werden wir jedoch auch Freiflächen-Anlagen benötigen. Der Solarpark Untergrombach kann hierbei als Blaupause verstanden werden. Diese Projekte sind also nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern haben ebenfalls einen nachhaltigen ökonomischen Charakter für unsere Stadt.

## PRESSEMITTEILUNG

---

Die PV-Freiflächenanlagen Seelach und Untergrombach werden so entwickelt, dass sie auch als Ökokontomaßnahme (zusammen 532.000 Ökopunkte) genutzt werden können. Dafür sind 80.000 beziehungsweise 90.000 Euro eingestellt. Zudem sind weitere 80.000 Euro als allgemeine Ökokontomaßnahme für den Amphibienschutz in Heildelshem eingeplant (Neuanlage von Amphibiengewässern). In der Region werden auch zunehmend schwimmende PV-Anlagen diskutiert und befinden sich teilweise bereits in der Umsetzung. Darum werden wir für diese unterschiedlichen PV-Technologien die planerischen Leitplanken setzen und geeignete Flächen mobilisieren müssen. Deshalb haben wir auch einen Masterplan insgesamt für „Erneuerbare Energien“.

Und nun komme ich zum Energiegold des Oberrheingrabens. Die Tiefengeothermie vollendet die Bruchsaler Erneuerbaren-Sinfonie. Richtig genutzt, haben wir damit ein erhebliches Potenzial für eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Bruchsal. Dazu müssen wir jetzt die Grundlagen schaffen. Bereits realisiert ist der Ersatz der bisherigen Heißwasserpumpe durch eine leistungsfähigere; die wurde in den letzten Monaten installiert und vergrößert nun das Fernwärmepotential für die Stadt. Wir wollen zum Auftakt des Fernwärmeausbaus vor allem unsere großen Industriebetriebe anschließen. Danach gehen wir in die Fläche.

Und dann geht es um das Großprojekt in der gesamten Region von Graben-Neudorf über Bruchsal bis Bretten. Hier werden 2024 die Weichen gestellt. Als nächster Schritt ist die Gründung einer Regionalen Wärme Gesellschaft geplant, die die Wärme hier im nördlichen Landkreis zu einigen Ortschaften bringen soll. Daran wollen wir uns beteiligen, um am zukünftigen Wärmemarkt auch zu verdienen. Für die Beteiligung haben wir zwei Millionen Euro im Haushaltsplan eingestellt. Die Wärmeerzeugung durch Tiefengeothermie ist sehr schnell skalierbar. Herausfordernd wird der möglichst flächendeckende Ausbau des Fernwärmenetzes – auch über die Stadtgrenzen hinaus. Sie sehen, für die Umsetzung der Energiewende gibt es nicht die eine Lösung oder den einen Weg. Die Mischung und das Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen ist entscheidend. Hierbei gilt es den richtigen Takt und einen stimmigen Rhythmus zu finden, Gelegenheitsfenster und das Momentum zu nutzen. Dabei wollen wir schnell Planungssicherheit für alle Bürger/-innen schaffen und einen Fahrplan für den

## **PRESSEMITTEILUNG**

---

Netzausbau durch die Stadtwerke entwickeln. Um in unserer Tochtergesellschaft, den Stadtwerken Bruchsal, die Energiewende noch stärker voranzubringen, haben wir für die kommenden beiden Jahre je 1,5 Millionen Euro an Kapitalerhöhungen vorgesehen. Diese verstehen wir als Anschubfinanzierung für die notwendigen und langfristig rentablen Investitionen in diesem Bereich.

### **Mobilitätswende**

Teil der Energiewende ist aber auch die Mobilitätswende. Hier bewegen wir uns seit Jahren in einem guten Rhythmus. Vor wenigen Tagen haben wir die Erweiterung unseres E-Carsharing- System - Zeo 2.0 – offiziell „eröffnet“. Das von der Regionalen Wirtschaftsförderung federführend betreute Projekt ist das größte flächendeckende E-Carsharing-System in Baden-Württemberg. Projektpartner sind die Stadtwerke Bruchsal (Ladesäulen), die Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe sowie 30 Kommunen und Firmen, alle aus unserer Region.

Das Projektvolumen umfasst zwei Millionen Euro. Hier können wir dem Land für eine 90-prozentige Förderung Danke sagen!

Wesentlich schwieriger ist die finanzielle Taktung für den ÖPNV. Zunächst war dieser stark durch Corona „gebeutelt“ und somit die finanzielle Schieflage nicht repräsentativ. Nun haben wir einen Effekt durch das Deutschlandticket, den wir ebenfalls noch nicht mittelfristig einordnen können. Auf jeden Fall haben wir 2,75 Millionen Euro im Jahr für eine Direktbeteiligung bereitgestellt.

Im Bereich Radverkehr bleiben wir bei einer gleichmäßigen Taktung und treiben wichtige Projekte weiter voran. Für die Projekte „Radweglückenschluss am Bahnhof“, „Umbau multimodaler Knoten am Bahnhof Bruchsal mit diversen Radabstellanlagen“ und „Geh- und Radweg entlang der Franz-Sigel-Straße“ sowie „Umbau des Knotens B3 / Württemberger Straße“ haben wir Haushaltsmittel bereitgestellt, damit die bauliche Umsetzung im Jahr 2024 gewährleistet ist. Bei der Radverkehrsplanung erfolgt im Anschluss an die Evaluation des Radverkehrskonzeptes eine Priorisierung der noch nicht erledigten Handlungsbedarfe. Für die kurz- und mittelfristigen Bedarfe werden wir Pläne erarbeiten, die zeitnah zur Umsetzung gebracht werden.

## PRESSEMITTEILUNG

---

Parallel wird die „Radverkehrsachse Nord-Süd“, die sich zwischen der Haydnstraße und der Karlsruher Straße befindet, mit den Schwerpunkten „Umgestaltung Weißes-Kreuz“ und „Beseitigung der Unfallhäufungsstelle Hildastraße / Luisenstraße / Stadtgrabenstraße“ sowie „Umgestaltung der Moltkestraße zur fahrradfreundlichen Straße“ bis zur Beschlussreife geplant.

### **4.5. Digitalisierung**

„Die Städte der Zukunft sind auch auf Daten gebaut“, so formuliert es der Städtetag. Für eine moderne Verwaltung sind digitale Verfahren und IT-Services unverzichtbar. Die Digitalisierung spielt auch zukünftig eine entscheidende Rolle in unserer Verwaltung da sie die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Behörden trotz des demografischen Wandels konstant halten kann. Sie ermöglicht einen Transformationsprozess, der den Bürger/innen besseren Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen bietet. Für die Umsetzung der verschiedenen Prozesse braucht es einen stetigen, gleichmäßigen Rhythmus, eine kontinuierliche Taktung. Und es braucht eine gute IT-Ausstattung. Für Optimierungen wie die Umstellung auf Windows 11, für die Erneuerung der Netzwerk- und Server-Infrastruktur und die Umstellung des Software-Verwaltungssystems sind Kosten von rund 892.500 Euro eingestellt.

In Bruchsal sind es verschiedene Bausteine, mit denen wir die Digitalisierung voranbringen wollen.

#### **Verwaltungsdigitalisierung**

Im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung liegt der Fokus in diesem Jahr unter anderem in der Einführung und ganzheitlichen Abbildung bürgerorientierter Dienstleistungen. Die Einführung der elektronischen Akte (E-Akte) haben wir mit einem Pilotamt gestartet. Beide Projekte werden in 2024 weitergeführt mit verstärktem Fokus auf die Modellierung und Optimierung von Geschäftsprozessen. Die Prozesse sollen ganzheitlich gedacht werden, vom Antrag bis zur Ablage. Die Kosten für die Verwaltungsdigitalisierung umfassen im Wesentlichen die laufenden Sachkosten für Anwendungen wie das Dokumentenmanagementsystem Regisafe und die Prozessplattform Picture in Höhe von 130.000 Euro sowie die entsprechenden Personalkosten.

## **PRESSEMITTEILUNG**

---

Parallel dazu wurde das in 2022 mit allen Ämtern gestartete Projekt „Digitale Multiplikatoren“ weitergeführt. Diese Mitarbeitende sind Sprachrohre und Multiplikatoren der Digitalisierung. Auf diese Weise unterstützen sie den Transformationsprozess und den Kulturwandel in den Ämtern und stärken so die digitale Kompetenz ihrer Kollegen/-innen.

### **Projekte der Digitalisierung im re@di-Netzwerk**

Die Verwaltungsdigitalisierung und der Weg hin zur Smart City mit den Dimensionen Wirtschaft, Politik, dem Einbringen der Bürger/-innen in die Stadtgestaltung, Nachhaltigkeit, Mobilität, Energie und Umwelt ist eine Herkulesaufgabe. Mit dem Ziel der gemeinsamen Umsetzung von strategischen Projekten in der kommunalen Digitalisierung sowie von digitalen Innovationen im Verwaltungsbereich haben wir schon 2019 gemeinsam mit acht großen Kreisstädten aus der Region die interkommunale Zusammenarbeit re@di begründet.

Zwei re@di Projekte werden in Bruchsal 2024 neu an den Start gehen. Entsprechend dem re@di Strategiepapier Sensorik/LoRaWAN soll noch in diesem Jahr eine Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Bruchsal zum Thema Sensorik/LoRaWAN vereinbart werden und Projekte zum Beispiel im Bereich Monitoring der Umwelt oder Füllstandsmessungen von Abfallbehältern mit verschiedenen Ämtern realisiert werden. Zudem werden wir gemeinsam mit sechs weiteren re@di Städten ab 2024 ein Transparenzportal aufbauen, in dem wir aufeinander abgestimmt offene Daten und Dokumente bereitstellen wollen.

### **Künstliche Intelligenz**

In diesem Jahr haben wir erste Schritte im Bereich der generativen KI unternommen. Für die gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit der Homepage haben wir zur Textübersetzung in leichte Sprache ChatGPT und ein kommerzielles Tool getestet. Auch bei der Erstellung von öffentlichen Reden könnte die generative KI von den städtischen Mitarbeitern/-innen genutzt werden. Keine Sorge diese Rede ist nicht mit Unterstützung von ChatGPT geschrieben worden. Zudem beteiligt sich die Stadt Bruchsal zusammen mit mehr als 60 Kommunen aus Deutschland am Projekt Kommunaler Gebärdensprachavatar (KGA). In dessen Rahmen wird ein Video-Sprachassistent mit menschlichem Aussehen entwickelt, der Inhalte der Homepage in

## PRESSEMITTEILUNG

---

Gebärdensprache darstellt.

Für re@di Digitalisierungsprojekte sowie sich in 2024 neu ergeben Digitalisierungsprojekte (zum Beispiel im Bereich KI) haben wir im Haushaltsplan 2024 insgesamt 50.000 Euro eingeplant. Auf den Haushalt wirken sich auch hier vor allem die Kosten für das Personal und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen aus.

### Digitalpakt Schule

Die Umsetzung des Digitalpakts Schule ist in vollem Gange. Die Medienentwicklungspläne der Schulen sind erstellt und die Förderanträge gestellt. Bruchsal stehen knapp 1,9 Millionen Euro aus dem Digitalpakt des Bundes zur Verfügung. Hinzu kommt ein städtischer Eigenanteil von 20 Prozent, so dass insgesamt knapp 2,35 Millionen Euro bereitstehen. Bislang wurde für digitale Ausstattung (Endgeräte/Präsentationsmedien) knapp 1,28 Millionen Euro ausgegeben. Diese Mittel müssen allerdings bis Ende 2024 verausgabt und abgerechnet sein. Danach ist unklar wie es weitergeht. Der Städtetag hat eine ganz klare Forderung an den Bund formuliert: Die Kommunen brauchen perspektivisch eine dauerhafte und verlässliche Lösung zur Finanzierung der digitalen Ausstattung von Schulen. Doch noch wissen wir nicht, wann der vom Bund zugesagte Digitalpakt 2.0 realisiert wird und wie er ausgestaltet ist. Ab 2025 haben wir in jedem Fall etwa 460.000 Euro jährlich als Folgekosten Digitalpakt sowie Kosten für Personal in den Haushalt eingestellt.

Ein Großteil der Schulen wurde per Richtfunk über die Stadt mit zehn Gigabit ans Internet angebunden. Die restlichen Schulen sollen sukzessive folgen. Auch weitere Dienste wurden bei der städtischen IT zentralisiert, um die Administration zu professionalisieren und für die Schulen zu erleichtern.

Außerdem lässt die aktuelle Entwicklung der **Breitbandgesellschaft** die Hoffnung zu, dass in den kommenden Jahren ein weiterer Ausbau ohne Belastung erfolgt.

### 4.6. Feuerwehrbedarfsplan

Der neue zu beschließende Feuerwehrbedarfsplan wird sich wieder mit der Ersatzbeschaffung von unterschiedlichen Feuerwehrfahrzeugen auseinandersetzen.

## PRESSEMITTEILUNG

---

Diese Ersatzbeschaffungen sind seit Jahren regelmäßig in den Investitionen des Haushaltes vorgesehen. Aufgrund der gleichmäßig hohen Einsatzzahlen werden sich aus dem neuen Bedarfsplan auch wieder Anforderungen an Liegenschaften, Technik und Personal ergeben, über die wir in der nächsten Zeit im Gemeinderat beraten und beschließen müssen. Der neue Plan sieht angesichts der hohen Taktung weiteres hauptamtliches Feuerwehrpersonal vor. Das wird unsere Personalkosten dauerhaft belasten und zugleich unser System der Freiwilligen Feuerwehr entlasten.

### **Bevölkerungsschutz**

Die Konzeption zur Notstromversorgung von Gebäuden im Katastrophenfall werden wir im Jahr 2025 angehen. Dafür stehen von 2024 bis 2027 insgesamt 1,1 Millionen Euro in der Haushaltsplanung zur Verfügung. Des Weiteren sind 800.000 Euro für die Vorbereitung von Notfalltreffpunkten und Notunterkünften veranschlagt.

Im Bereich Feuerwehrbedarfsplan und Katastrophenschutz sind wir in einem sehr schnellen Takt - und auch Taktgeber für andere.

Selbstverständlich werden wir die Stadt auch mit kulturellen Angeboten und mit unseren Stadtmarketingsaktivitäten weiter bereichern. Das ist für mich selbstverständlich, so dass ich in der Haushaltsrede nicht weiter darauf eingegangen bin. Haushaltstechnisch bleibt es im Wesentlichen bei den bisherigen Ansätzen und Sie können sich auch weiterhin auf eine lebendige kulturelle Stadtentwicklung mit interessanten Angeboten freuen. Von Seiten unserer Tochter, der BTMV, sind für 2024 zusätzliche Eigenevents geplant. Kostenmäßig zu Buche schlagen wird sicherlich die Teilsanierung des Bürgerzentrums, die 2024 starten soll, um den Sanierungsstau schrittweise zu beheben.

### **Überleitung**

Das waren jetzt die großen Aufgaben, die uns dauerhaft begleiten werden. Sie finden in den laufenden Kosten ihren Niederschlag. Jetzt wende ich mich einzelnen herausragenden Projekten zu, die sich im mittelfristigen Investitionsplan niederschlagen werden.

### 5. Große Einzelprojekte

#### 5.1 Albert-Schweitzer-Realschule und weitere Schulen

Die teuerste Einzelbaumaßnahme, die ich jemals eingebracht habe und selbstverständlich auch die in unserer aktuellen Haushaltsplanung 2024 ist die Generalsanierung und Erweiterung der Albert-Schweitzer-Realschule (ASR) und die brandschutztechnische Ertüchtigung der Pestalozzi-Schule. Sie umfassen ein Gesamtinvestitionsvolumen von fast 30 Millionen Euro. Für den Zeitraum 2024 bis 2027 sind 22,3 Millionen Euro im Haushaltsplan eingestellt. Sie werden aber 2028 und 2029 fortgeführt.

Dieses Sanierungsprojekt ASR zeigt die gesamte Schwierigkeiten unseres städtischen Haushaltes. Jahrzehntlang war die Sanierung der ASR außer Takt. Wesentlicher Grund hierfür sind die sprunghaft angestiegenen Preise in der Baubranche. Dies ist eine Thematik, mit der wir uns derzeit ja bei jeder Baumaßnahme auseinandersetzen müssen. Zudem steht diese Sanierungsmaßnahme für unser großes, kommunales Dilemma. Angesichts der immer knapper werdenden Haushaltsmittel ist es eine große Herausforderung, den richtigen Takt und einen guten Rhythmus für eine Investition zu finden. Investitionen sind dringend notwendig, um Bestehendes in Form zu halten. Stellen wir diese Investitionen zurück, weil die Haushaltsslage prekär ist, wird das Investitionsvolumen mit jedem Jahr größer und dann müssen wir später die Taktzahl erhöhen.

Was heißt das für die ASR? Müssten wir nicht angesichts der finanziellen Möglichkeiten den Rhythmus verlangsamen, gar eine Pause einlegen? Das ist aus unserer Sicht aus vielerlei Gründen nicht sinnvoll. Die Schule ist dringend sanierungsbedürftig und unsere Fachämter sagen, dass eine Sanierung nicht gesplittet oder extrem verlängert werden kann. Gleichzeitig wird sie fünfzünftig ausgebaut. Damit setzen wir bildungspolitische Entwicklungen (zwischenzeitlich Haupt- und Realschulabschluss an der Schulart möglich) um. Die Entwurfsplanung ist in diesem Jahr abgeschlossen, der Baubeschluss erwirkt und die Zuwendungsanträge für die Schulbauförderung beim Regierungspräsidium eingereicht. Wir rechnen mit Zuschüssen von circa 8,5 Millionen Euro, davon etwa 2,5 Millionen Euro im veranschlagten Haushaltszeitraum. In 2024 wird nun die Ausführungsplanung und die

## PRESSEMITTEILUNG

---

Vorbereitung der in mehreren Bauabschnitten im laufenden Betrieb zu realisierenden Maßnahme vorangetrieben, aber auch die bauliche Anbindung der zwei Schulen an das Fernwärmenetz hergestellt.

Insgesamt wird dies ein Mammutprojekt sowohl in personeller aber insbesondere auch in finanzieller Hinsicht. Im Laufe des Verfahrens wurden schon viele Anstrengungen getan, die Kosten auf das absolut notwendige Niveau zu senken. Auch weiterhin sind alle Beteiligten bemüht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dieses Projekt stemmbar zu machen.

Vor allem auch dadurch, dass wir die Einnahmenseite im Blick behalten werden und die möglichen zur Verfügung stehenden Fördertöpfe ausschöpfen. So soll es vom 1. Januar 2024 an Verbesserungen im Bereich der Schulbauförderung geben, die aus unserer Sicht auf unser beantragtes Bauprojekt Anwendung finden. Darüber hinaus steht die Frage im Raum, wie Umlandkommunen, deren Schüler/-innen in die ASR gehen, an den Kosten beteiligt werden können. Trotz unserer schwierigen Haushaltslage planen wir dies aus nachbarschaftlicher Rücksicht nicht ein. Wir favorisieren den Vorschlag des Städtetages Baden-Württemberg, in diesem Zusammenhang die Auswärtigenzuschläge in der Schulbauförderung anzuheben, um hohen Bürokratie- und Kostenaufwand sowie mögliche Rechtsstreitigkeiten unter Kommunen zu vermeiden. Hier ist also zunächst das Land in der Pflicht.

Ebenfalls noch in diesem Jahr wird die Vergabe der Planungsleistungen für die Erweiterung der Joß-Fritz-Schule erfolgen, so dass Anfang 2024 mit der Vorentwurfs- und Entwurfsplanung begonnen werden kann. Der Baubeginn ist für 2024 und die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus für den Ganztagesbetrieb für 2025 geplant. Das Gesamtvolumen der Baumaßnahme liegt bei 2,4 Millionen Euro.

Dabei planen wir mit möglichen Zuschüssen von Landesseite von bis zu 700.000 Euro aus der zweiten Tranche des Investitionsprogramms „Ganztag“. Auch hier können wir mit Blick auf den heute schon bestehenden Bedarf und den von 2026 an geltenden Anspruch auf Ganztagesbetreuung den Takt kaum verlangsamen.

## **PRESSEMITTEILUNG**

---

Taktvoll wollen wir auch beim Schönborngymnasium vorgehen. Für die dringend erforderliche Sanierung des Schulhofs haben wir in den Jahren 2024 und 2025 im Haushalt 500.000 Euro eingestellt. In Abstimmung mit der Schulleitung sollen bei der Neugestaltung des Schulhofs schulische wie außerschulisch Nutzungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Somit erzielen wir bei dieser Maßnahme auf jeden Fall einen Mehrwert, der über den schulischen Bereich hinausgeht – öffentliche Räume sind uns wertvoll!

Leider bedeuten diese umfassenden Investitionen in unsere Schulinfrastruktur aber auch, dass wir den Ausbau des Justus-Knecht-Gymnasiums (JKG), der schon viele Jahre auf unserer Agenda steht, kein Taktsignal geben können. Die Zusammenführung der Schule an einem Standort steht seit einigen Jahren im Raum. Außerdem wird ein Neubau für die naturwissenschaftlichen Räume gefordert.

Dies sind auch legitime und nachvollziehbare Forderungen, allerdings werden wir erst nach der Generalsanierung der ASR finanziell und personell in der Lage sein, diese Themen wieder aufzugreifen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir die Bedarfe der Schule sehen. Wir können aber nur sukzessive die verschiedenen Schulstandorte und Maßnahmen in den Blick nehmen. Selbstverständlich wurde für das JKG in den vergangenen Jahren Millionenbeträge in den Brandschutz investiert. Und die Schule wurde überdies auch in den vergangenen Jahren nicht vergessen: vielmehr wurden in den vergangenen fünf Jahren insgesamt rund 2,6 Millionen in die Bestandsgebäude investiert. Im kommenden Jahr werden zudem alle Klassenzimmer im Rahmen des Digitalpakts Schule neu ausgestattet. Hierzu werden noch in diesem Jahr die Vorbereitungen für eine europaweite Ausschreibung mit einem Volumen von rund 420.000 Euro erfolgen. 80 Prozent dieser Kosten werden vom Land erstattet.

### **5.2 Infrastrukturmaßnahmen**

Die Taktzahl bei den Tiefbaumaßnahmen bleibt auch im Haushalt 2024 hoch. Hier folgen wir seit Jahren einem gleichbleibenden Rhythmus bestehender Notwendigkeiten. Bei den Kosten für die Einzelmaßnahmen spiegeln sich nach wie vor die hohen Baupreissteigerungen wieder. Die Taktgeber im Tiefbau sind leider oft

Missstände.

### **Hochwasserschutz**

Aufgrund der Klimaveränderungen wird die Investition in den Hochwasserschutz immer wichtiger. Hier müssen wir uns dem Rhythmus des Klimawandels anpassen. Der Neubau der Saalbachbrücke in der Altenbergstraße in Heidelberg wurde 2023 fertiggestellt. Damit ist eine der ersten Maßnahmen für den Hochwasserschutz in Heidelberg erfolgreich beendet. Durch den Neubau der Brücke konnte der Abflussquerschnitt des Saalbachs in diesem Bereich deutlich vergrößert werden, so dass mehr Wasser gesichert abfließen kann.

Für den örtlichen Hochwasserschutz in Heidelberg und das zwischen Helmsheim und Gondelsheim vorgesehene Hochwasserrückhaltebecken werden in den Jahren 2024 bis 2027 über zehn Millionen Euro im Haushalt veranschlagt.

### **Brücke/ Gewerbegebiet Heidelberg**

Da die Tragfähigkeit der Brücke über die Gleise in der Altenbergstraße in Heidelberg nicht mehr gewährleistet ist, ist ein Ersatzbrückenneubau im Haushalt mit 3,3 Millionen Euro in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt. In den Folgejahren werden für den Neubau weitere zwei Millionen Euro erforderlich. Das lang erwartete Gewerbegebiet „Rechts dem Bruchsaler Weg“ in Heidelberg wird in 2024 hergestellt. Für die öffentliche Erschließung sind im Haushalt hierfür 500.000 Euro vorgesehen.

### **Quartiersplatz Südstadt**

Die Errichtung eines Quartiersplatzes in der Südstadt (St Anton) inklusiv Aufwertung des Grünzugs und dem Ausbau der Parkplätze entlang der Fritz-Erler-Straße ist im Haushalt 2024 mit 350.000 Euro abgebildet.

### **Baubetriebshof / Sporthallendach Büchenau**

Das Gebäude des Baubetriebshofes bedarf dringend einer baulichen Erweiterung. Hier haben wir drei Millionen Euro veranschlagt. Aufgrund zahlreicher, größerer Unterhaltungsmaßnahmen und den zu beobachtenden Preissteigerungen sind auch im Ergebnishaushalt mit knapp 3,9 Millionen Euro außerordentlich hohe Summen im Hochbau eingeplant.

Dabei schlägt allein die zwingend umzusetzende Sanierung des Daches der

Mehrzweckhalle in Büchenau mit rund 1,5 Millionen Euro zu Buche.

### **Abwasserbetrieb (mit eigenem Wirtschaftsplan)**

Der Abwasserbetrieb ist nicht im Haushaltsplan der Stadt aufgeführt. Er hat als Eigenbetrieb einen eigenen Wirtschaftsplan und damit natürlich auch eine eigene Taktung. Trotzdem erscheint es mir sinnvoll, die großen Investitionen, die in den kommenden Jahren für die Kläranlage geplant sind, zu benennen.

Aus der Machbarkeitsstudie über die Leistungsfähigkeit der Kläranlage ist zu entnehmen, dass Erweiterungsmaßnahmen an der biologischen Reinigungsstufe zwingend erforderlich sind und mittelfristig auch eine vierte Reinigungsstufe vorgesehen werden sollte. In der Machbarkeitsstudie wurden die Gesamtkosten auf circa 30 Millionen Euro geschätzt. Für die Vorplanung und Entwurfsplanung wurde dieses Jahr nach einer europaweiten Ausschreibung ein Ingenieurbüro beauftragt und zwischenzeitlich mit der hochkomplexen Vorplanung begonnen. Erklärtes Ziel ist es die Entwurfsplanung bis Ende 2024 abzuschließen und auf deren Grundlage die weitere Vorgehensweise festzulegen. Für die Fortführung der Planung und zur Ermittlung belastbarer Kosten sind in 2024 Mittel in Höhe von 400.000 Euro vorgesehen. Mittelfristig sind im Wirtschaftsplan für die Realisierung der Maßnahmen circa 17 Millionen Euro eingeplant. Unglaublich hohe Ausgaben für die Perfektionierung.

Im Bereich der Kanäle sind unter anderem folgende Maßnahmen geplant: Mit der Sanierung und Erweiterung Bahndurchlass Schwetzingen Straße/Stegwiesen wird begonnen (Gesamtkosten 2,5 Millionen Euro). Es werden weitere Kanalsanierungen (Renovierungen und Reparaturen) in der Kernstadt und den Teilorten durchgeführt (etwa 700.000 Euro Investitionsplan und 500.000 Erfolgsplan).

### **Bahnstadt**

Der Ausbau der Willy-Brand-Straße und der Neubau des Quartiersplatzes und -parks in der Bahnstadt wurden fertiggestellt. Bis auf die Pergola in der Heinrich-Böll-Straße sind damit alle vorgesehenen Tiefbaumaßnahmen der ersten Bauphase in der Bahnstadt fertiggestellt.

### 5.3. Bahnhofsvorplatz

Eng verknüpft mit dem großen Thema der Mobilitätswende ist der geplante Umbau des Bahnhofsvorplatzes. Der öffentliche Nahverkehr muss gestärkt und als zentraler Baustein des Klimaschutzes ausgebaut werden. Da erzähle ich Ihnen nichts Neues. Um eine moderne Mobilität mit gut vernetzten Mobilitätsangeboten in Bruchsal langfristig sicherzustellen, schaffen wir mit der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes die Rahmenbedingungen für die Entstehung eines Mobilitätsknotenpunkt. Hier gilt es den begonnenen Takt zu halten.

Die Umgestaltung des Bahnhofsareals inklusive dem Neubau eines Zentralen Omnibusbahnhofs wird das Stadtbild nachhaltig prägen und den ÖPNV weiter voranbringen. Bei Gesamtkosten von circa 15 Millionen Euro sind für die Realisierung derzeit im Haushaltszeitraum circa zwölf Millionen Euro veranschlagt. Dem gegenüber stehen voraussichtliche Förderzuschüsse in Höhe circa 5,1 Millionen Euro.

Zugleich bietet sich die Möglichkeit einer Optimierung der schon beschlossenen Maßnahme. Um die Ausgabenseite bei diesem Projekt zu reduzieren, schlagen wir dem Gemeinderat von Seiten der Verwaltung eine substantiell kleinere Lösung für die Ausgestaltung der beiden ZOB-Dächer vor, die bisher mit rund vier Millionen Euro eingeplant sind.

Warum führe ich das so detailliert an? Das Suchen nach Alternativlösungen ist aus meiner Sicht eine richtige und angezeigte Vorgehensweise angesichts unserer prekären Haushaltslage. Sie bietet die Chance den zukunftsweisenden Rhythmus anzupassen, ohne dabei aus dem Takt zu kommen.

Zudem wollen wir auch im doppelten Sinn einen neuen Bustakt. Das System des Rendezvous soll zugunsten eines 20 Minuten Angebots eine wesentlich bessere Taktung erhalten. Wenn uns das gelingt, erzielen wir wesentliche Verbesserungen.

### 5.4. Denkort Fundamente

Ein für mich ganz wichtiges Projekt ist der Denkort Fundamente. Aufgrund seiner Dimension, die weit über die Grenzen Bruchhals hinausreicht, bedarf der Denkort Fundamente eines besonderen Rhythmus.

Zunächst stellt sich die Frage: Wo stehen wir bei diesem Projekt zur Nachnutzung des Alten Feuerwehrhauses? In der letzten Sitzung vor der diesjährigen Sommerpause am 25. Juli hat der Gemeinderat in einem umfassenden Zehn-Punkte-Beschluss die Rahmenbedingungen und weitere Vorgehensweise für die zukünftige Nutzung des Areals festgelegt. Dies ist ein weiterer Meilenstein in diesem Planungs- und Beteiligungsprozess und schafft Klarheit für alle Beteiligten über die Ziele, die wir in diesem Denkort verfolgen.

Bisher wurde viel Vorarbeit geleistet, um diese hochsensible Aufgabe zur Nachnutzung des Areals auf einen guten und verantwortungsvollen Weg zu bringen. Wir haben die Vision mit Leben gefüllt, mit dem Denkort Fundamente einen öffentlichen, allen Menschen zugänglichen Ort zu schaffen. Dort sollen die historischen Vorgänge beim Niederbrennen der Synagoge und deren Bedeutung für das Heute und Morgen sichtbar werden.

Auf Anregung von Ihnen, liebe Stadträte/-innen, haben wir die Stadtbibliothek und die Volkshochschule in den Denkort einbezogen und mit der Planung des Themenbereiches Zivilcourage die Vision konkretisiert. Der Denkort Fundamente soll mitten in der Stadt auch ein Ort sein, an dem Demokratiebildung vermittelt wird. Wir haben mit der IRGB, der IRGW, der Landesfeuerwehrschule, dem Landkreis, dem Verein Haus der Geschichte der Juden, der Stadt, und dem Gemeinderat bedeutende Projektpartner. Herausragend ist aber, dass sich die Nachfahren in so großem Maße einbringen. In vielen Gesprächen ist es gelungen, die ganz unterschiedlichen und durchaus nachvollziehbaren Anliegen zusammenzubringen und sich auf einen gemeinsamen Rhythmus zu verständigen.

Jetzt ist es an der Zeit die Taktung für das weitere Vorgehen festzulegen. Das heißt, in

## PRESSEMITTEILUNG

---

die konkreten Planungen und ersten Schritte der Umsetzung einzusteigen, die Ausgaben für Bau und Betrieb zu bestimmen, die finanziellen Mittel – Einnahmen von Partnern und aus Stadtsanierungsmitteln des Landes zu akquirieren und in unseren Haushaltsplanungen zu berücksichtigen. Die zum Beschluss des Gemeinderates vorgelegten Planvarianten haben wir inzwischen in weiteren Gesprächen mit dem beauftragten Planungsbüro weiter ausgearbeitet und verdichtet.

Eine der weiteren Überlegungen nicht zuletzt mit Blick auf die Haushaltssituation ist der modulare Aufbau der für die einzelnen Nutzungen notwendigen Räume sowie ein Fokus auf synergetische Effekte. Ein modularer Aufbau öffnet die Möglichkeit, dass einzelne Elemente nicht von der Stadt umgesetzt, sondern von Partnern errichtet und betrieben werden können. Dies bedarf noch der weiteren Ausarbeitung und Abstimmung unter den Beteiligten. Insbesondere umfasst mein Vorschlag, dass das alte Feuerwehrgebäude erhalten bleibt. Für die weitere Umsetzung dieses bedeutenden Projekts, auch für die Entwicklung des Quartiers, haben wir in dem Finanzplanungszeitraum bis 2027 gesamt 14,9 Millionen Euro (13,7 Millionen Baukosten/ 1,2 Millionen Grunderwerb) eingestellt. Davon haben wir in 2024 knapp 1,7 Millionen für die ersten Schritte der Realisierung veranschlagt. Derzeit haben wir die Anträge auf Aufnahme der Maßnahme in ein Sanierungsgebiet vorbereitet. Dabei geht es um mögliche Fördermittel von 60% der von Land anerkannten Gesamtkosten. Dies sowohl für den Grunderwerb, wie auch für die Baukosten.

Angesichts der schwierigen Haushaltslage stellt sich vielleicht manch Einer/-e die Frage: Könnte man beim Denkort Fundamente auf die Pausetaste drücken? Allerdings ist diese Maßnahme nicht nur ein Projekt, sondern ein Bekenntnis! Der Gemeinderat hat sich hier mit großer Mehrheit positioniert.

Wir sind an einem Punkt in unserer Europäischen Geschichte, an dem es gilt, Flagge zu zeigen. Wir haben hier in Bruchsal mit dem Areal von Alter Feuerwehr und Alter Synagoge eine große, für Bruchsal historische Verantwortung für die Weiterentwicklung dieses Areals: Den Aufbau eines Ortes von Versöhnung und Verständigung.

## PRESSEMITTEILUNG

---

Wir sind es, die dafür sorgen können, und auch müssen, dass dieser Ort in der Mitte unserer Stadt, an dem sich der menschenverachtende Faschismus im 20. Jahrhundert in den Mauern unserer Stadt erhoben hat, dass dieser Ort ins Licht gebracht und – soweit das überhaupt möglich ist - ein wenig geheilt wird, indem wir etwas Neues, in die Zukunft Gewandtes dort aufbauen, das einen konkreten Beitrag zur Versöhnungsgeschichte in Bruchsal leistet.

Angesichts des erstarkenden Antisemitismus in Deutschland und mit Blick auf die grauenvollen Ereignisse in Israel ist diese Aufgabe unabweisbar, sogar mehr denn je. Deshalb ist der Denkort Fundamente leider jetzt in die richtige Zeit gestellt. Aufgrund der Haushaltssituation wird der Takt auch vom Sanierungsprogramm mitbestimmt.

### 6. Schluss

Die besondere Dimension des Denkort Fundamente und unsere große, historische Verantwortung gerade bei diesem Projekt sowie die großen Investitionen bei den Schulen und der Kinderbetreuung machen das ganze Dilemma der diesjährigen Haushaltsplanung deutlich. Die aktuelle Haushaltslage braucht zwar an der einen oder anderen Stelle einen deutlich langsameren Rhythmus, in vielen Bereichen ist aber gerade jetzt ein schnellerer Rhythmus notwendig ist. Wir müssen an den kleinen und an den großen Rädchen drehen. Schon im Vorfeld der Haushaltseinbringung haben wir die Art der Realisierung bei vielen Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt. Alternativlos sollte möglichst keine Option mehr sein. Wie wir diese Ambivalenz auflösen können, dafür gibt es keinen Königsweg. Denn im Grund muss die Frage lauten: Wie können wir in den kommenden Jahren diese Kosten finanzieren? Wie können wir diese Steigerungen abfangen und ausgleichen?

Dafür werden grundsätzliche Fragen an die Rahmensetzung von Land und Bund notwendig sein. Wir allein in Bruchsal können das nicht lösen. Vertrauen wir auch auf den vielfach angeregten Bürokratieabbau. Gerne werden wir dann in Bruchsal den Takt daran anpassen!

## PRESSEMITTEILUNG

---

Nun ist es aber unsere Aufgabe unseren Haushalt hier vor Ort in Bruchsal zu machen. Das Ringen um die richtige Lösung bei ganz unterschiedlichen Ansätzen ist für mich eines der zentralen Elemente unserer Demokratie. Egal, ob Krise oder nicht, es gibt immer schwierige Entscheidungen, die eine hohe Verantwortung für die Allgemeinheit mit sich bringen.

Hierfür braucht es gute Vorlagen der Verwaltung, damit der Gemeinderat mit unterschiedlichen Sichtweisen diskutieren kann. An dieser Stelle darf ich der gesamten Verwaltung für ihre Arbeit und vor allem auch den Fachbereichsleitern/-in für die vorausschauende Mittelanmeldung danken. Und ganz besonders der Finanzverwaltung - Herrn Golka und Herrn Jenne - und vor allem meinem Kollegen und Wegbegleiter in diesen schwierigen Zeiten Herrn Bürgermeister Andreas Glaser.

Das ist auch das Grund, warum die Bürger/-innen hohen Respekt vor der Leistung unserer Stadträte/-innen haben sollten. Deshalb ist es schön, wenn sich viele für die Kommunalpolitik interessieren und im kommenden Jahr aktiv in der inhaltlichen Auseinandersetzung einbringen. Hier gilt mein Dank dem gesamten Gemeinderat.

Lassen Sie mich mit Blick auf die Kommunalwahl am 9. Juni 2024 an dieser Stelle für die Demokratie werben. Demokratie lebt von der Bereitschaft, miteinander um die beste Lösung für Bruchsal zu ringen. Demokratie bedeutet, Mehrheitsmeinungen zu akzeptieren und beschlossene Kompromisse mitzutragen. Deshalb ist Demokratie auch anstrengend, doch für mich die einzige gute aller Staatsformen. Demokratie fordert uns und sie lebt davon, dass möglichst viele sich einbringen, um einen guten Querschnitt der Meinungen zu haben. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Stadt für Morgen gestalten. Bringen Sie sich ein. Machen Sie mit.

Liebe Stadträtinnen und Stadträte, Sie haben meine Ausführungen zum Haushaltsplan 2024 gehört. Ich gebe jetzt den Taktstock an Sie weiter. Jetzt ist es an Ihnen, Ihre Einschätzung und Stellungnahmen auszuarbeiten. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse Ihrer Beratung und freue mich auf Ihre Haushaltsreden. Ich lade Sie schon zu den Haushaltsreden der Fraktionen in der Gemeinderatssitzung am 19. Dezember ein.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## **PRESSEMITTEILUNG**

---

---

### **PRESSEKONTAKT:**

#### **STADT BRUCHSAL**

Ina Kunzmann

Pressesprecherin

Büro der Oberbürgermeisterin / Presse und Kommunikation

Kaiserstraße 66 / 76646 Bruchsal

Telefon 07251 / 79-154 / Mobil 0160 8894 915

[Ina.Kunzmann@bruchsal.de](mailto:Ina.Kunzmann@bruchsal.de)

[www.bruchsal.de](http://www.bruchsal.de)